



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

frisch aus der sitzungsfreien Zeit bin ich wieder in Berlin gestartet. Für die Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen haben wir alle eine gute Routine gefunden, in der unter Einhaltung der Hygienevorschriften der politische Austausch stattfinden kann. In meiner Kolumne weiter unten dazu mehr. Ansonsten standen einige interessante Themen auf der Tagesordnung im Plenum – unter anderem zur Stärkung des fairen Wettbewerbs – ein Thema, welches ich bereits als Verbraucherschutzbeauftragte begleitet habe. Dazu mehr auf Seite drei dieser Berlin-Info.

Nach den Wochen in der Heimat habe ich mich richtig gefreut, die Kolleginnen und Kollegen wiederzusehen. Wir haben in diesem „letzten parlamentarischen Jahr“ vor der nächsten Bundestagswahl 2021 auch noch einiges auf unserer Agenda stehen. Man merkt allen an, dass sie nach der corona-bedingten Pause bereit sind, die „liegen gebliebenen“ Themen jetzt besonders motiviert anzugehen und abzuschließen. Hier haben wir bis zum Ende der Legislaturperiode noch einiges zu tun. Eins steht jedenfalls fest: der September wird ein sehr produktiver Monat, in dem wir drei Sitzungswochen eng getaktet haben. Ich freue mich auf die bevorstehenden Wochen. Auch im Wahlkreis stehen einige wichtige Sitzungen der CDU-Fraktionen bevor. Packen wir's an! Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben alles Gute, bleiben Sie gesund und genießen Sie die Sonne.

Ihre



Anhörung zur Verbesserung des Tierwohls in Tierhaltungsanlagen

Am Montag habe ich im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen eine Anhörung zum Thema „Verbesserung des Tierwohls in Tierhaltungsanlagen“ geleitet. Wir wollen verhindern, dass bei Umbaumaßnahmen im Sinne des Tierwohls, also z.B. Fenster oder mehr Auslauf für die Tiere, ein Bauantrag notwendig ist. Eine solche Anhörung dient dazu, die geladenen Experten zu dem Vorhaben zu befragen und so den Gesetzesentwurf zu verbessern. Das Ziel des Entwurfs, das Tierwohl zu verbessern, wurde von allen Sachverständigen ausdrücklich begrüßt. Die Experten plädierten unter anderem dafür, genaue Definitionen in das Gesetz aufzunehmen, um so für Rechtsklarheit zu sorgen und das Zusammenspiel mit dem Immissionsschutzgesetz zu bedenken. Diese Anregungen werden wir mitnehmen und eine überarbeitete Fassung des Gesetzesentwurfs erarbeiten. Tierwohl hat für mich einen besonderen Stellenwert und ich freue mich, dass wir hier einen Schritt in die richtige Richtung machen konnten.



Die neue Normalität mit Corona

Wir haben einen vergleichsweise glimpflichen Sommer in Bezug auf die Corona-Pandemie erlebt. Wer wissen möchte, wie es hätte anders laufen können, der kann einen Blick in die USA oder nach Russland werfen, wo die schnelle Ausbreitung der ersten Welle niemals gestoppt werden konnte, oder nach Spanien und Frankreich, wo eine weitere Welle das öffentliche Leben bereits wieder zu großen Teilen lahm legt. Den relativen Erfolg haben wir zwei Umständen zu verdanken: Dem entschlossenen Handeln von Regierung und Parlament – und der großen Disziplin unserer Bevölkerung in den vergangenen Monaten. Einen Denkfehler müssen wir entschieden niedersprechen: Das Virus für harmlos zu halten, nur weil wir die schlimmsten Auswirkungen der Pandemie bisher erfolgreich vermeiden konnten. Oder wie die Bundeskanzlerin zurecht sagt: Wir dürfen unsere bisherigen Erfolge nicht durch anschließende Sorglosigkeit zunichtemachen.

Das Virus ist immer noch da und es tötet weiterhin zehntausende Menschen, was vermeidbar wäre, wenn die Ausbreitung unter weitgehende Kontrolle gebracht werden könnte. In Deutschland ist uns dies bisher gelungen. Insofern ist auch der Vergleich mit anderen Todesursachen falsch. Krebstote beispielsweise lassen sich mit unserem heutigen Wissensstand leider nicht vermeiden. Wir können sie nicht mit dem Tragen eines Mundschutzes retten. Corona-Infektionen allerdings schon, wie gerade Deutschland in den vergangenen Monaten bewiesen hat. Oder ein anderes Beispiel: In Schweden, das sich bei der Corona-Eindämmung sehr zurückgehalten hat, sind in der ersten Hälfte dieses Jahres so viele Menschen gestorben wie seit 1869 nicht mehr. Damals grassierte eine Hungersnot in dem Land. Corona ist kein Grund, jeden Tag Alarm und Drama auszurufen – aber wir müssen weiterhin vorsichtig sein.

Mittlerweile haben wir viele der besonders einschränkenden Maßnahmen wieder zurückfahren können. Gleichzeitig gewinnen wir immer mehr Erkenntnisse über das Virus, so dass wir auf lokale Ausbrüche gezielter reagieren können. Ein großer Lockdown wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr nötig sein. Aber wir müssen uns bis zur Verfügbarkeit eines Impfstoffes in einer neuen Normalität einrichten, die es uns erlaubt, die Ausbreitung des Virus weiterhin unter Kontrolle zu halten. Masken tragen, Abstand halten und besondere Hygiene, dazu möglichst große Menschenansammlungen und Reisen in Risikogebiete vermeiden: das alles macht wirklich keine Freude. Die noch bestehenden Einschränkungen treffen die Menschen in Deutschland unterschiedlich hart. Deshalb gehört es auch zur Wahrheit, dass wir den besonders Betroffenen, wie beispielsweise Restaurantbesitzern, Künstlern oder Reisebüros weiterhin helfen müssen. Auch dabei ist Deutschland erfolgreicher als viele andere Länder. Aber wir müssen immer wieder genau hinschauen, wo zusätzliche Hilfe benötigt wird. Nur dann wird die große Mehrheit der Bevölkerung die Beschränkungen auch in den nächsten Monaten akzeptieren.

Das wir uns diese umfangreiche Unterstützung leisten können, ist auch ein Ergebnis der guten Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Ich glaube daran, dass wir in der Zukunft sagen können: Dass Deutschland so gut durch die verrückte Corona-Phase gekommen ist, ist auch ein Ergebnis der guten und maßvollen Eindämmungspolitik und des verantwortlichen Handelns vieler Bürger. Der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat sich diese Woche passend in der Passauer Neuen Presse hierzu geäußert. Er sagte: „Wir haben jetzt die Gelegenheit, als Europäer die Weichen für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell und für einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stellen. Diese Chance sollten wir gemeinsam nutzen. Mit Zuversicht!“

Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs – Abmahnwahnsinn unterbinden

Am Donnerstag hat der Bundestag das „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“ beschlossen. Das Gesetz schützt kleine Betriebe und mittelständische Unternehmen vor rechtsmissbräuchlichen Abmahnkosten. Bisher wurden diese oftmals von Abmahnvereinen wegen Kleinverstößen gegen Informations- und Kennzeichnungspflichten im Internet zu Zahlungen getrieben. Wir stellen mit dem Gesetz klar, dass die missbräuchliche Geltendmachung von Abmahnkosten verboten ist! Damit schützen wir nicht nur kleinst-, kleine und mittelständische Unternehmen, sondern auch den fairen und echten Wettbewerb. Abmahnvereinen entziehen wir das Geschäftsmodell und sorgen dafür, dass das bewährte Instrument der Abmahnung wieder ordnungsgemäß genutzt wird. Dieses Thema habe ich lange begleitet, als ich noch Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU Bundestagsfraktion war und deshalb freue ich mich besonders über diese Verbesserung für Verbraucherinnen und Verbraucher!



HIB – Heute im Bundestag, ein Service für Bürgerinnen und Bürger

Ich möchte die Gelegenheit dieses Newsletters nutzen und Ihnen einen „neuen“ Service von Bundestag.de vorstellen, „hib – heute im Bundestag“.

HIB ist ein Angebot des Deutschen Bundestages und hat in der Vergangenheit bereits auf der Homepage www.bundestag.de/hib tagesaktuell dargestellt, was im Parlament passiert, welche Themen auf den Tagesordnungen stehen, welche Ausschüsse sich mit welchen Debatten beschäftigen, etc. Nun ist der Service auf die Plattformen Twitter und Youtube ausgeweitet. Unter dem Namen @hib_nachrichten können Sie ihm bei Twitter folgen und der gleichnamige YouTube Kanal bietet ebenfalls Zugang zu den aktuellen politischen Themen. Schauen Sie doch mal rein!



Zukunft. Jetzt.

Unter diesem Motto stand die traditionelle Herbstklausur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Beschlossen wurde ein Fünf-Punkte-Papier, welches den Nerv der Zeit trifft. Es geht um die Digitalisierungsoffensive in Bildung, Verwaltung, die Stärkung des Gesundheitswesens, mehr Personal und Kompetenzen im Kampf gegen Kriminalität und Extremismus sowie die Konsolidierung des Haushalts. Nur unter diesen Bedingungen können Wohlstand und Sicherheit auch morgen gewährleistet werden. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass das Vertrauen in die Unionsfraktion besteht. Dieses Vertrauen wollen wir nicht verspielen, sondern mit den richtigen Themen in die Zukunft gehen.



Interview mit Competitionline.de

Über den Besuch von Carlo Sporkmann und Thomas Koy von Competitionline.de habe ich mich sehr gefreut. Die Online-Plattform ist vornehmlich an Architekturbüros gerichtet und sammelt thematisch Initiativen aus dem politischen Berlin, Wettbewerbsausschreibungen und ihre Ergebnisse, zeigt Jobangebote auf und bildet aktuelle Diskussionen ab. Ein toller Service, auf den wir mit meinem Architekturbüro ebenfalls bereits zugegriffen haben. Wir haben uns gut über die Arbeit des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen unterhalten und ich konnte ihnen einen Einblick in meine politische Arbeit in Berlin geben. Ich freue mich darauf, wenn das Interview erscheint!



Fachgespräch zum studentischen Wohnen

Am Mittwoch leitete ich im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen ein öffentliches Fachgespräch zum Thema studentisches Wohnen. Mehrere Sachverständige haben uns dabei veranschaulicht, dass der Bedarf für ganz spezifische studentische Wohnformen gegeben ist und Handlungsbedarf besteht. Der Wohnungsmarkt gerade für Studierende mit niedrigem Einkommen ist derzeit sehr angespannt. Zum einen ist Deutschland als Standort attraktiv und die Zahl der Studierenden weiterhin hoch; zum anderen erwerben immer mehr junge Menschen die Hochschulzugangsberechtigung. Wir haben daher über die Möglichkeiten verschiedener Förderprogramme gesprochen. Der Kronacher Landrat Klaus Löffler (CSU) schließlich beschrieb uns ein Großprojekt in seinem Landkreis, das im Zuge einer Standortverlagerung aus dem oberbayrischen Raum nach Nordfranken auch Neubauten für Studierende umfasst. Er sah die Maßnahme als bedeutsam für das politische Ziel an, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen. Durch das Engagement der Kommune zögen nun auch Privatinvestoren nach, sagte Löffler. Hochschulplanung sollte nach Ansicht des Landrats stets mit der Wohnraumplanung verknüpft werden. Dieser Maxime kann ich mich voll und ganz anschließen.



Landkreis Mayen-Koblenz erhält Millionen für Digitalisierung

11,4 Millionen Euro Förderung erhält der Landkreis Mayen-Koblenz vom Bund für Pionierarbeit in der Digitalisierung. Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, hat am Dienstag die 32 Projekte der zweiten Staffel der „Modellprojekte Smart Cities“ bekanntgegeben. Die in diesem Jahr ausgewählten Projekte werden mit über 350 Millionen Euro gefördert. Mit den Modellprojekten Smart Cities unterstützt die Bundesregierung Kommunen dabei, die Digitalisierung strategisch im Sinne einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung zu gestalten. Ziel des Förderprogrammes ist es, sektorenübergreifende digitale Strategien für das Stadtleben der Zukunft zu entwickeln und zu erproben. Die Förderentscheidung beruhte auf einem mehrstufigen Prüfprozess. Alle Bewerbungen wurden von je zwei Fachgutachtern bewertet. Auf dieser Basis entschied eine elfköpfige Jury unter Vorsitz von Bau-Staatssekretärin Anne Katrin Bohle. Der Jury gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der Politik und der kommunalen Spitzenverbände an. Ich freue mich sehr über die Entscheidung der Jury für unsere Heimat und wünsche dem Landkreis viel Erfolg bei der Umsetzung!

